

KNK



Kongreya Neteweyî ya Kurdistanê
Kurdistan Nationalkongresses

NEWROZ 2011 - „ZELTE FÜR EINE DEMOKRATISCHE LÖSUNG“ UND DIE KURDEN



- Informationsdossier -

März 2011

Was bedeutet Newroz?

Newroz bedeutet "neuer Tag" und wird seit über 3.000 Jahren von mehr als 300 Millionen Menschen als das Neujahrsfest gefeiert. Die UNESCO hat am 30. September 2009 das Newrozfest in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. Der Mythologie nach haben die Völker am Newroz ihre Freiheit gegen einen despotischen Herrscher erlangt. Der Frühlingsanfang wird oft auch als Newroz betitelt, jedoch symbolisiert es für die Völker viel mehr die Freiheit. Einige Völker, darunter vor allem das kurdische Volk, feiern das Newrozfest in der heutigen Zeit immer noch seinem Ursprungssinn entsprechend. Zu Newroz erheben sich die Kurden seit zwanzig Jahren ununterbrochen zum Volksaufstand und fordern ihre Freiheit und Rechte ein. Obwohl im Laufe der vergangenen Newrozfeierlichkeiten hunderte Kurden durch den Einsatz von staatlicher Gewalt ums Leben gekommen sind, breiten sich die Feierlichkeiten in ganz Kurdistan aus und werden zu immer größeren Massenveranstaltungen. Aufgrund der staatlichen Repressionen haben seit 1993 hunderte Menschenrechtsdelegationen aus Europa als Beobachter an den Newrozfeierlichkeiten in der Türkei/Kurdistan teilgenommen, um durch ihre Anwesenheit staatliche Aggressionen zu verhindern.

Das Newrozfest der Kurden 2011

Wir wurden 2011 Zeugen der größten kurdischen Newrozfeste. Es kamen bis zu 6 Millionen Kurden im Zuge der Newrozfeierlichkeiten in Kurdistan, dem Mittleren Osten, Russland, USA, Australien und vielen Staaten der EU zusammen. Die Flächen und Teilnehmer waren mit den kurdischen Nationalfarben Gelb-Rot-Grün geschmückt.

Besonders die Hinhaltspolitik der AKP in Bezug auf die Kurden und die damit verbundene Verschiebung vieler dringlicher Punkte wie z.B. der Verfassungsänderung, die zu einer friedlichen Lösung beitragen könnten, haben ihren Widerhall in den Rede- und Musikbeiträgen, Bannern und Slogans gefunden, indem die kurdischen Forderungen ganz klar zum Ausdruck gebracht wurden.

Newroz und militärische Operationen

Der türkische Staat hat sozusagen am Vorabend des Newroz begonnen, militärische Operationen gegen die seit August 2010 in passiver bzw. Aktionslosigkeitsposition befindlichen kurdischen Guerillakräfte zu starten. Seit Anfang März wurden militärische Operationen in folgenden Gebieten durchgeführt: Sirnak, Dersim, Mus, Bingöl, Hakkari, Diyarbakir und Batman, wo 7 Guerillakämpfer ums Leben kamen. Daneben haben die Angriffe der türkischen Armee unter Vorwand der PKK-Bekämpfung auf ziviles Gebiet in Südkurdistan stark zugenommen. Des Weiteren wurden die Regionen Haftanin und Zap durch Artillerie beschossen.

Daraufhin haben die kurdischen Guerillakräfte im Rahmen ihres Vergeltungsrechts eine Aktion gegen das türkische Militär durchgeführt und den Tod von 3 Soldaten gemeldet. Auch die türkische Polizei wurde in Hasankeyf am 23. März aufgrund ihres exzessiven Gewalteinsatzes gegen den friedlichen Protest und zivilen Ungehorsam der kurdischen Bevölkerung angegriffen, dabei wurden zwei Polizisten verletzt.

Einige Beispiele der Teilnehmerzahlen an der Newrozfeierlichkeiten sehen wie folgt aus¹:

Diyarbakır	1.000.000
Batman	100.000
Van	400.000
İstanbul	500.000
İzmir	100.000
Mersin	100.000
Afrin	180.000
Damaskus	25.000
Düsseldorf	50.000
Kandil	20.000

¹ Quelle: Firat News Agency (ANF) und ROJ TV

Zelte für eine demokratische Lösung



Demokratische Lösungs-Zelte Diyarbakir



Demokratische Lösungs-Zelte Batman,



Demokratische Lösungs-Zelte Istanbul

Die AKP hat ihre Stille bzw. Passivität in Bezug auf die kurdische Frage nicht aufgegeben, obwohl die 6 Millionen Kurden bei den Newrozfeierlichkeiten klar formulierte Forderungen gestellt haben. Als Reaktion auf diese Stille hat die kurdische Politik beschlossen, Zelte für eine demokratische Lösung zu errichten und ihren Protest durch zivilen Ungehorsam zu bekunden.

Die Zelte für eine demokratische Lösung wurden auf Initiative der Friedensmütter ab dem 18. März in allen kurdischen Gebieten und der Türkei mit dem Ziel errichtet, die eigene Entschlossenheit und den Willen zu bezeugen, um täglich 24 Stunden lang Wache zu halten, bis der Krieg beendet wird. Die Zelte sind eine Reaktion auf die Verbannung der Diskussionen zur demokratischen Lösung der kurdischen Frage von der Agenda und stellen somit auch eine Interventions- und Diskussionsplattform in diesem Rahmen dar.

Die demokratische Lösungszelte werden von folgenden Institutionen unterstützt: DTK, BDP, MEYA DER, TUHAD-DER, TUHAD-FED, KURDİ DER, DYG, DÖKH, Göç-Der, Dorfkommunen, Stadträte, Orts- bzw. Stadteilräte, Bürgermeister, Mitgliedern der Stadtparlamente und vieler weiterer Institutionen und Vertreter.

Das erste Zelt wurde am 18. März in Diyarbakir errichtet und danach in vielen anderen Städten, jedoch sind die akute Forderungen gleich:

- *Das Recht auf muttersprachliche Bildung muss unter den Schutz der Verfassung gestellt werden.*
- *Die 10%-Wahlhürde muss aufgehoben werden.*
- *Der Führer der PKK Abdullah Öcalan und alle politischen Gefangenen müssen frei gelassen werden.*
- *Ein Ende der militärischen und politischen Operationen gegen die kurdische Bewegung*
- *Eine neue demokratische Verfassung ist zu erarbeiten.*

Zelte wurden vor allem in den kurdischen Gebieten wie Diyarbakir, Batman, Sirnak, Van, Dersim, Bingöl, Hakkari und Agri errichtet, aber auch in den westlichen Metropolen Istanbul und Mersin werden Friedenswachen gehalten.

Die AKP hat jedoch wie zuvor die Newrozfeiern auch hier die Demonstrationzüge zu den Zelten und dann anschließend die Zelte selbst von Polizeieinheiten angreifen lassen. Die Kurden haben dies jedoch nirgendwo tatenlos hingenommen.

Die AKP hat trotz der Bemühungen, die kurdische Frage als eine Folge des Demokratiedefizits zu verstehen, aufgrund ihrer parteipolitischen Vorteile und Interessen eine pragmatische Herangehensweise ignoriert und eine vom kurdischen Volk geschaffene Gelegenheit zur friedlichen Lösung des Konflikts, der seit über 30 Jahren auf militärischer Ebene ausgetragen wird, ausgeschlagen. Die BDP und der DTK haben ihren Protest des zivilen Ungehorsams am 24. März durch Erklärungen begonnen, wonach sie den Zustand der Lösungslosigkeit nicht weiter akzeptieren werden, und daher folgende Forderungen an die Regierung gestellt: ein sofortiges Ende der militärischen und politischen Operationen, das Recht auf muttersprachliche Bildung und die verfassungsrechtliche Garantie der Nutzung der Muttersprache auf administrativer und bürokratischer Ebene, die Aufhebung der 10%-

Wahlhürde, welche die legitime Vertretung des kurdischen Volkes im Parlament behindert und die Freilassung aller politischen Häftlinge.



"(...) Während die AKP auf der einen Seite intolerant die Zelte des kurdischen Volkes für Frieden bzw. eine demokratische Lösung und seine Demonstrationen für politische Freiheit angreift, versucht sie auf der anderen Seite, die türkische und die Weltöffentlichkeit erneut durch die so genannte „kurdische Öffnung“ zu täuschen. Die staatlichen Sicherheitskräfte haben unsere Abgeordneten, Mütter und das Volk mit hochkonzentrierten Gasgranaten, Wasserwerfern und Knüppeln angegriffen, weil diese ihre universellen Menschen- bzw. Bürgerrechte wahrgenommen haben. Hierbei wurden unsere gewählten Vertreter, Mitglieder und Mitbürger verhaftet.

Der AKP-Regierungschef Recep Tayyip Erdogan, der für die Diktatoren des Nahen Ostens Empfehlungen und Lob zu verteilen pflegt, hat die kurdischen Volksvertreter und damit stellvertretend das gesamte kurdische Volk mit der Aussage „es werde das Nötige getan werden“ bedroht.

Wir als BDP möchten unsere Befürchtungen zu den neuerlichen Angriffen zum Ausdruck bringen und darauf hinweisen, dass die sich zuspitzende Gewalt die politische und gesellschaftliche Krise in der Türkei vertiefen wird. Ein Angriff auf die politischen Strukturen des kurdischen Volkes, seine Vertreter und Bürger stellt keine Lösung dar, sondern die Bekundung von Respekt und Anerkennung für den kurdischen Volkswillen. Wir sehen es als eine unserer Pflichten an, die türkische und die Weltöffentlichkeit diesbezüglich zu informieren. Das auf die AKP zurückgehende Verständnis, die kurdische Frage ohne die Kurden lösen zu wollen, treibt die Türkei in die Lösungslosigkeit und in den Krieg.

Das kurdische Volk führt seit 30 Jahren einen Widerstand und einen Kampf gegen die Verleugnungs-, Assimilations- und Liquidationspolitik der Türkei und ist bestrebt, die Konfliktsituation zu beenden. Daher wird es diesbezüglich weiterhin seine aus dem Internationalen Recht abgeleiteten zivilen Widerstandsrechte nutzen.

Am 24. März wird ab 12:00 Uhr eine zeitlich unbegrenzte Sitzblockade in Diyarbakir, der Burg des Widerstands und der Freiheit, gestartet und bis zur Erfüllung unserer Forderung aufrecht gehalten.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf, sich mit dem kurdischen Volk gegen die ungerechtfertigten Angriffe zu solidarisieren und seine legitimen Forderungen zu unterstützen...¹²

Viele kurdische Institutionen haben ihren Protest gegen die Politik und die Sonderregelungen der AKP gegen die Kurden in Presseerklärungen bekundet. Darunter auch der Kurdistan National-Kongress(KNK), welcher aus Institutionen und Personen aus den vier Teilen Kurdistans besteht. Der KNK hat die Entwicklungen wie folgt interpretiert:

"(...) Seit über 30 Jahren kämpft das kurdische Volk gegen die antidemokratische und despotische Politik der Regierung. Nur durch die Bemühungen der kurdischen Freiheitsbewegung scheiterte das chauvinistische Gedankengut der Regierungen und Generalstäbe. Wie wir auch in der letzten Zeit bei den arabischen Ländern sehr gut beobachten können, ist die Zeit für die Regierungen abgelaufen, die nicht davor abschrecken alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel gegen die Völker in ihrem Land zu richten. Eine politische und selbstbewusste Gesellschaft lässt sich mit solchen Methoden nicht aufhalten. Der türkische Staat, und die AKP Regierung sind leider nicht in der Lage diese Realität zu erkennen und reiht sich in die Reihe der vorhergehenden Regierungen.

² Presseerklärung der Partei für Demokratie und Frieden (BDP) vom 23.03.2011

Paradoxerweise gibt sich die AKP solidarisch für die arabischen Völker, die sich gegen ihre despotischen Herrscher erheben – und bekämpft im eigenen Land mit aller Härte die demokratischen und friedlichen Bestrebungen des kurdischen Volkes. Die Regierung versucht seit Tagen die legitimen Forderungen der Menschen zu unterdrücken und gleichzeitig eine Genehmigung für einen Kriegseinsatz in Libyen durch das Parlament genehmigen zu bekommen. Diese schizophrene Haltung der AKP Regierung mag möglicherweise den Verbündeten Streitkräften gefallen, jedoch verliert es jegliche Legitimität durch die Völker.

Das kurdische Volk begehrt den aktuellen Prozess unter dem Motto „Streben nach Freiheit - Schutz der eigenen Existenz.“ Gleichzeitig bringt das kurdische Volk immer wieder zum Ausdruck, dass es diesen Zustand mit demokratischen Mitteln aufrechterhalten möchte. Das hervorgegangene Projekt „Demokratische Türkei – Demokratisches Autonomes Kurdistan“ ermöglicht den Kurden ihre Existenz in einer demokratischen Türkei zu wahren, und sichert eine Koexistenz in Freiheit mit den anderen Völkern. Nach den unermüdlichen Einsätzen von dem politischen Repräsentanten des kurdischen Volkes Hr. Abdullah Öcalan wurden – zusammen mit dem letzten Widerstand seit August 2010 – insgesamt 8 einseitige Waffenruhen ausgerufen. Die AKP Regierung hat bis zum heutigen Tag die Waffenruhen nicht als Chance für den Frieden angesehen, sondern nur dazu genutzt, die eigene Macht zu verstärken. Die Hürden für eine wahre Demokratie in dem Gebiet ist nur möglich, wenn die Freiheitsbestrebungen des - auf vier Staaten aufgeteilten kurdischen Volkes auf friedliche Art und Weise ermöglicht werden.

Wir begrüßen die legitimen Widerstände der arabischen Völker im Mittleren Osten, lehnen jedoch die Verleumdungspolitik der EU und der Vereinten Nationen ab, die die zehnfach legitimeren Forderungen des kurdischen Volkes als Terrorismus abstempelt und fordern sie auf, von dieser ungerechten Praxis abzusehen. Eine Lösung der kurdischen Frage wird weder durch diese ungerechte Anwendung noch durch die Unterstützung der antidemokratischen Politik der AKP Regierung möglich sein.”³

Die Kurden in Europa und ihre Forderungen

Auch die Kurden in Europa haben eine Aktionsphase gestartet, um den Widerstand der Bevölkerung in Kurdistan gegen die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik des türkischen Staates zu unterstützen. Die Aktivitäten mit dem Ziel, Stimme des kurdischen Volkes nach außen zu sein, ist gekennzeichnet durch Demonstrationen, Informationsstände und Zelte in vielen europäischen Städten unter dem Motto: “Die Kurden wollen als Volksgruppe anerkannt werden”. In diesem Rahmen werden die Kurden am 2. April in Brüssel und am 13. April in Straßburg Massenkundgebungen organisieren und in Deutschland, Niederlande, Schweiz, Österreich, Frankreich, Italien, Griechenland und Schweden Zelte errichten.

Mit dieser Aktionsphase wollen die Kurden nicht nur auf ihre gerechtfertigten Forderungen und auf die Unterdrückungspolitik der Türkei hinweisen, sondern auch die negative Haltung der europäischen Staaten gegenüber dieser Problematik anprangern.

Die europäischen Staaten haben aufgrund ihrer ökonomischen und politischen Beziehungen mit der Türkei einen nicht unwesentlichen Anteil daran, dass die kurdische Frage bis heute noch nicht auf friedlichem und demokratischem Wege gelöst werden konnte, da die Kurden stets als Verhandlungskarte eingesetzt werden. Entweder haben sie auf eindeutige Weise die eigenen demokratischen und freiheitlichen Prinzipien ignoriert und die Augen vor der türkischen Kurdenpolitik verschlossen oder sie haben wie Deutschland, Belgien und Frankreich die Kurden aktiv bekämpft. Hierbei wurden die politischen Aktionen der Kurden verboten, sehr viele ihrer Institutionen durchsucht und verboten und hunderte kurdischer Politiker verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Diese ungerechtfertigten Repressionen wurden noch einmal im Jahr 2002 durch die unbegründete Aufnahme der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in die EU-Terrorliste verstärkt.

³ Presseerklärung des Kurdistan Nationalkongresses vom 28.03.2011

Die EU und die USA haben, statt einen Beitrag zur friedlichen Lösung der kurdischen Frage zu leisten, durch diese Repressionen die Unterdrückungspolitik der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung unterstützt.

Die kurdische Volksgruppe in Europa stellt ergänzend folgende Forderungen auf:

- Ende der Repressionen gegen die kurdische Volksgruppe und ihre Institutionen
- Die Streichung der PKK von EU-Terrorliste
- Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollen auf Grundlage ihrer engen Beziehungen mit der Türkei diese zur Demokratisierung und zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage bewegen.
- Den Kurden ist derselbe Status wie auch anderen Volksgruppen zuzugestehen, um die seit 1923 währende Statuslosigkeit zu beenden.

Staatliche Interventionen gegen die Zelte für die demokratische Lösung und ihre Folgen:

In **Diyarbakir** wurde das erste Zelt für Frieden und eine demokratische Lösung errichtet. Hierbei wurde folgende Botschaft gesandt: "Die Freiheit ist unser Ziel und wir werden Widerstand leisten. Ein würdevolles Leben bedeutet entweder Freiheit oder Freiheit". Die staatlichen Sicherheitskräfte haben am 24. März die Sitzblockaden in Diyarbakir und Batman gewaltsam aufgelöst und dabei in Batman den BDP-Abgeordneten Bengi Yildiz über das Straßenpflaster geschleift sowie Dutzende Demonstranten festgenommen.



24 March 2011, Batman

In **Batman** hat die Sitzblockade mit 20.000 Menschen begonnen. Die 90 von der Polizei festgenommene Demonstranten wurden nach der Sitzblockade der BDP-Abgeordneten Bengi Yildiz und Ayla Akat Ata für die Wiederrichtung des Friedens- und Lösungszeltes und nach Gesprächen von Vertretern der BDP und NGOs mit dem Gouverneur freigelassen.



24 March 2011, Diyarbakir

Das Zelt in der Stadt **Nusaybin** im Kreis Mardin wurde während der Wachablösung von der Polizei mit Gasgranaten angegriffen, fünf Personen wurden festgenommen. Gegen die Intervention protestierten anschließend 30.000 Menschen. Als der Demonstrationszug vom Zelt bis zum Friedenspark ziehen wollte, griff die Polizei erneut an und verletzte dabei viele Menschen darunter auch die Bürgermeisterin von Nusaybin. Die durch den Gewalteininsatz der Polizei ausgelösten Ausschreitungen haben sich im Laufe des Tages auf die Region Nusaybin ausgebreitet. Hierbei hat die Polizei massiv Gasgranaten eingesetzt und es kam zu Beschädigungen an Häusern und Geschäften.

In **Van** sind aus sechs Richtungen Massen von Demonstranten ins Stadtzentrum geströmt und haben erfolgreich ihre Sitzblockade abgehalten.

In **Hakkari** wurde am Morgen WELCHER TAG? eine Sitzblockade vor dem Rathaus abgehalten. An dieser Sitzblockade haben Mitglieder der Demokratieplattform Hakkari, der BDP-Abgeordnete aus Hakkari, Hamit Geylani, der BDP-Kassenwart Salih Yildiz, BDP-Parteivorstandsmitglied Hüseyin Dag, der BDP-Vizevorsitzende des Kreises Hakkari, Orhan Koparan, die Bürgermeister der Städte Hakkari, Cukurca und Semdinli, Mitglieder des Kreis- und Stadtparlaments sowie Mitglieder der Initiative der Friedensmütter teilgenommen. In den Redebeiträgen wurde die Hoffnung betont, dass die AKP-Regierung diese Proteste wahrnimmt und das Nötige unternimmt. Weiter hieß es: "Wir werden, bis die kurdischen Forderungen erfüllt sind, Aktionen dieser Art fortführen."

In **Bingöl** begannen die Demonstranten eine Sitzblockade, nachdem die Polizei sie an einer Demonstration zum Zelt für Frieden und demokratische Lösung hindern wollte. Die Blockade löste sich erst auf, als die Demonstration schließlich doch erlaubt wurde.

In **Derik** griff die Polizei das Zelt für Frieden und demokratische Lösung an und nahm Teilnehmer fest, daraufhin demonstrierten anschließend tausende Menschen aus Protest durch das Stadtgebiet von Derik.

In **Cizre** und **Viranşehir** beschoss die Polizei die Menschenmenge mit Gasgranaten, als diese sich zum Protestmarsch formieren wollte. Nachdem die Polizei auch die geplante Sitzblockade in Cizre angriff, trugen die Demonstranten das Friedenszelt zur Straße nach Idil, stoppten dort den Verkehr und führten eine Sitzblockade durch

Die Polizei in **Istanbul**-Gaziosmanpasa beschlagnahmte das Friedens- und Demokratie-Zelt, daraufhin gingen Demonstranten zu weiteren Formen des zivilen Ungehorsams über. In Istanbul-Bagcilar Demirkapi wurde mit der Teilnahme von tausenden Menschen dennoch ein Zelt für Frieden und Demokratie aufgebaut.



24 March 2011, Batman



24 March 2011, Diyarbakir

In **Antalya** haben über 400 Teilnehmer eine Sitzblockade vor dem BDP-Kepez-Parteibüro aus Protest gegen die Angriffe auf die Bevölkerung, Bürgermeister und Abgeordneten abgehalten. Diese Aktion wurde von Vorständen des Friedensrates von Antalya und Mitgliedern der ESP unterstützt.

In **Adana** haben im Rahmen des zivilen Ungehorsams über 1.000 Teilnehmer an einem Demonstrationszug teilgenommen. Im Anschluss wurde eine Presseerklärung abgegeben und eine Sitzblockade errichtet. Während der Sitzblockade musste aufgrund des Protests der Teilnehmer ein Lautsprecherwagen der AKP wenden, der zuvor noch durch die Menge hindurch fahren wollte. Parallel dazu zogen 150 Jugendliche in einem Protestzug in Richtung des Polizeireviere Daglioglu.. Die Polizei beschoss die Gruppe der Jugendlichen mit Gasgranaten und Wasserwerfern, woraufhin diese mit Steinen und Molotowcocktails warfen.

Auch in **Izmir** wurde ein Zelt für Frieden und Demokratie aufgebaut. Beim ersten Versuch hatte die Polizei das Zelt zuvor beschlagnahmt.

Die kurdischen Forderungen

Dringliche Forderungen

1. Recht auf Erziehung in Muttersprache und Schutz des zweisprachigen Lebens
2. Sofortige Freilassung der im Rahmen des KCK Verfahrens Inhaftierten
3. Aufhebung der 10% Hürde
4. Stopp der militärischen und gegen den politischen Bereich gerichteten Operationen

Grundforderungen

1. Es muss eine demokratische Verfassung, welche die kurdische Identität anerkennt ausgearbeitet werden
2. In der gesamten Türkei muss ein System der Verwaltung entwickelt werden, welches die Zentralregierung einschränkt und an ihrer Stelle die regionale Verwaltung stärkt
3. Der politische Wille der kurdischen Bevölkerung muss anerkannt werden und ihnen das Recht auf Selbstverwaltung zugestanden werden
4. Alle Verbote kurdischer Kultur müssen aufgehoben werden und das Recht auf Organisations-, Presse- und Meinungsfreiheit vollständig garantiert werden.
5. Die in Kurdistan stationierten Polizei und Spezial-, bzw. Spezialeinheiten müssen zurückgezogen werden und es müssen Maßnahmen ergriffen werden um das Dorfschützersystem aufzuheben und kurdischen Selbstverteidigungskräfte der Raum eingeräumt werden für die Sicherheit zu sorgen.
6. Der Repräsentant der kurdischen Bevölkerung Abdullah Öcalan und alle anderen politischen Gefangenen müssen freigelassen werden
7. Die Rechte aller ethnischen Gruppen und Glaubensrichtungen müssen unter den Schutz der Verfassung gestellt werden
8. Die schmutzigen Ereignisse der letzten 30 Kriegsjahre, wie die Morde "unbekannter" Täter müssen aufgeklärt werden, dazu muss eine Kommission für Gerechtigkeit und Wahrheit eingerichtet werden.
9. Alle Maßnahmen um die Rückkehr der Bevölkerung in die zerstörten und verbrannten Dörfer zu ermöglichen sind zu ergreifen, für die Schäden muss Schadensersatz geleistet werden
10. Um das ökonomische Ungleichgewicht, die Armut und Arbeitslosigkeit zu überwinden, muss die diskriminierende Politik ein Ende haben und Kurdistan bei Investitionen eine Priorität eingeräumt werden.

Für weitere Informationen:

www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/

www.nadir.org/nadir/periodika/kurdistan_report/

www.kurdish-info.eu